



▲ Die Ergebnisse des EU-Projektes „OP-ACT“ zur demografischen Entwicklung in kleinen und mittelgroßen Kommunen wurden Anfang Dezember 2012 in Kopenhagen präsentiert

# Schrumpfende Städte im Schulterschluss

Zur Bewältigung des demografischen Wandels haben zehn Kommunen, darunter die Stadt Altena, ein europäisches Kooperations-Netzwerk gegründet und Forderungen erarbeitet

2010 gründeten zehn Städte auf Initiative der österreichischen Stadt Leoben (25.000 Einwohner) in der Steiermark im Rahmen von URBACT II das europäische Netzwerkprojekt OP-ACT „Options of Actions - die strategische Positionierung kleiner und mittelgroßer Städte“. Der Schwerpunkt des Projekts lag in der Analyse von Schrumpfungsprozessen ausgelöst durch den demografischen Wandel. Als deutsche Partner beteiligten sich die nordrhein-westfälische Stadt Altena (18.000 Einwohner) und die Fachhochschule für nachhaltige Entwicklung stellvertretend für die brandenburgische Stadt Eberswalde (42.000 Einwohner).

Auch wenn die Ursachen für die Schrumpfungsprozesse und die Rahmenbedingungen unterschiedlich sind, wurde durch einen intensiven Dialogprozess versucht, allgemeine Ansätze für einen konstruktiven Umgang damit zu gewinnen. „Die Ausgangspositionen der Kommunen - von Norwegen bis Spanien - waren dabei sehr unterschiedlich“, erklärt Leobens Stadtamtsdirektor Dr. Wolfgang Domian. Einige hätten bereits strategische Konzepte, während andere diese noch erarbeiten müssten. Durch die Treffen und den Input

der Wissenschaftler habe man bezogen auf Strategien, Methoden und Instrumente dazu gelernt.

Inhaltlich wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Sie reichten von der Image-Stärkung für die Städte bis zu Infrastruktur- und Tourismuskonzepten. Sämtliche wurden gemeinsam mit der Bürgerschaft, einer lokalen Begleitgruppe (Local Support Group), sozialen Organisationen, Politik und Verwaltung erarbeitet. „Einige Ansätze sind dabei auch bilateral vertieft worden. Wir haben voneinander gelernt - auch dass die Schrumpfung in den kommenden 20 Jahren zum ständigen Begleiter fast aller kleinen und mittleren Städte in Europa wird“, be-



## DIE AUTOREN

**Dr. Wolfgang Domian**  
ist Stadtamtsdirektor in  
Leoben/Österreich

**Dr. Andreas Hollstein**  
ist Bürgermeister der  
Stadt Altena

richtet Altenas Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein.

## CHARTA DER KLEINEN

Da gerade in Europa häufig nur die Ballungsräume mit ihrer starken Lobby im Mittelpunkt stehen, verabschiedeten die zehn europäischen Partner zum Ende des Projektes eine Charta. Diese wendet sich an die europäischen und nationalen Entscheidungsträger, um auf die besondere Ausgangslage der kleinen und mittleren europäischen Städte in Europa aufmerksam zu machen. Die Hauptaspekte der Charta sind:

- Regionale Kooperation: Städte mit demografischen und wirtschaftlichen Problemen befinden sich oft im Wettbewerb untereinander oder mit einem prosperierenden Zentrum in der Nähe. Dennoch kann die Problemsituation nur durch regionale, in manchen Fällen auch grenzübergreifende Kooperation bewältigt werden. Das Fördern solcher Kooperationen ist nicht nur Aufgabe der betroffenen Kommunen, sondern muss auch zentraler Aspekt regionaler Strategien werden.
- Finanzmittel: in vielen EU-Mitgliedsstaaten hängt die Verteilung der Finanzmittel von der aktuellen Einwohnerzahl ab. In schrumpfenden Städten hat das die Konsequenz, dass Einnahmen viel schneller sinken, als die Ausgaben reduziert werden können - etwa für Soziales und Infrastruktur. Man sollte deshalb die Finanzmittel an die Problemlage anpassen und nicht nur nach dem Bevölkerungsschlüssel bemessen.
- Unterstützungs- und Förderprogramme: Ein Großteil der Strategien und Projekte für die Bewältigung des demografischen Wandels erfordert integrierte und partizipative Ansätze. Nationale und europäische Finanzierungsvereinbarungen sind jedoch häufig limitiert durch komplizierte und unflexible Auflagen. Diese stehen einer prozessbasierten und flexiblen Entwicklung integrierter Projekte entgegen. Diese Situation ist für kleine und mittelgroße Städte weitaus komplizierter.
- Wohlfahrt und Sozialmaßnahmen: Die Kosten für Wohlfahrt und Sozialmaßnahmen sind in vielen EU-Mitgliedstaaten in großem Umfang in der Verantwortlichkeit der lokalen Behörden, also der Städte und Gemeinden. Gerade kleine und mittelgroße Städte haben bereits die Grenze ihrer Belastbarkeit überschritten - insbesondere wenn die Bevölkerungszahl fällt. Die Diskrepanz zwischen



den finanziellen Ressourcen der Kommunen und deren Zahlungsverpflichtungen wird in Zukunft steigen - auch wegen der alternden Bevölkerung. Hier müssen vielen EU-Mitgliedsstaaten Reformen ansetzen.

- **Soziale Einrichtungen:** In vielen EU-Mitgliedstaaten wird gerade in schrumpfenden Städten die Anzahl von Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- oder Fürsorgeeinrichtungen und auch des öffentlichen Personennahverkehrs reduziert. Treibende Kraft sind dabei die regionalen oder nationalen Regierungen. Eine übermäßige Reduktion kann aber kontraproduktiv wirken und Abwanderung auslösen.
- **Aus- und Weiterbildung:** Aus- und Weiterbildung spielen eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung des demografischen und wirtschaftlichen Wandels. Mehrere Kommunen bieten bereits jetzt in Zusammenarbeit mit Schulen oder Universitäten berufliche Aus- und Weiterbildungsdienste für Schüler/innen und Studierende an. Diese Dienste sind an die Bedürfnisse der lokalen Wirtschaft angepasst. Ein Großteil der Städte hat jedoch keinen Einfluss auf die Entwicklung von Lehrplänen. Entscheidungsträger in Schulen und Hochschulen, die für die Entwicklung von Lehrplänen verantwortlich sind, sollten daher stärker Aspekte der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes berücksichtigen - etwa Beispiel durch ein Unternehmer-Training.
- **Migration und Familienpolitik:** Europa kann nur dann seine globale Wettbewerbsfähigkeit erhalten, wenn der demografische Wandel begrenzt wird. Wegen der generationenspezifischen Verhaltensmuster in den meisten EU-Mitgliedstaaten wird dies kurz- und mittelfristig nur durch gezielte Einwanderungspolitik zu erreichen sein. Langfristig können auch Veränderungen in der Familien- und Arbeitsmarktpolitik etwas bewirken - zum Beispiel durch

Anpassung des Arbeitsrechts an die Bedürfnisse von Familien und den Lebenszyklus von Menschen. Schrumpfende Kommunen können davon profitieren, wenn diese Politikfelder unterstützt werden durch zusätzliche Maßnahmen. Hier sind die nationalen Regierungen und die Europäische Kommission gefragt.

- **Award für Innovation:** Eine zielgerichtete Maßnahme könnte ein jährlich ausgeschriebener europäischer Preis für innovative und nachhaltige Ansätze im Bereich des demografischen Wandels in kleinen und mittelgroßen Städten sein. Das würde der Kommune, die den Preis gewinnt, Markenbildung und Markenwerbung ermöglichen.
- **Aktive Bürger-Mitarbeit:** Viele nationale legislative Elemente und europäische Direktiven für Kommunen schreiben öffentliche Partizipation vor. Einfache Mitbestimmung scheint für Städte nicht länger adäquat, ihre demografischen und wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen. Partizipation muss ergänzt werden durch die Aufforderung zu Bürgermitarbeit und Übernahme von Verantwortung. Das bedeutet nicht nur Milderung der rechtlichen Einschränkungen - etwa in Versicherungs- und Haftungsfragen. Vielmehr müsste auch bei der Ausarbeitung künftiger Gesetze der Aspekt der aktiven Mitarbeit von vornherein berücksichtigt werden.

Um auf die Situation des ländlichen Raumes aufmerksam zu machen, dem gerade in Deutschland und Österreich eine entscheidende Rolle zukommt, geht der Aufruf an andere kleine und mittelgroße Städte in Europa, sich anzuschließen und die OP-ACT Charta zu unterstützen.

Nähere Informationen finden sich im Internet unter <http://urbact.eu/en/projects/active-inclusion/op-act/homepage>



◀ Die Netzwerkstädte verabschiedeten eine Charta mit der Aufforderung an die EU, kleine und mittelgroße Kommunen stärker zu fördern



## Handbuch des Polizeirechts

Lisken/Denninger, Verlag C.H.Beck, [www.beck-shop.de/9494210](http://www.beck-shop.de/9494210). 5., neu bearbeitete u. erweiterte Auflage, 2012, XXXIII, 1.538 Seiten, in Leinen, 135 Euro, ISBN 978-3-406-63247-1

Das Handbuch gibt Antworten auf alle wichtigen Fragen der polizeilichen Praxis. Aufgaben und Befugnisse bei Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sind eingehend erläutert. Polizeiliche Informationsverarbeitung, die Aufgaben im Versammlungswesen und die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa werden ebenso sorgfältig vertieft wie Fragen des Rechtsschutzes, der Haftung für Polizeikosten sowie der Ersatzansprüche des Bürgers.

Ein eigenes Kapitel enthält die wichtigsten Bereiche der Ordnungsverwaltung. Erweitert und neu konzipiert wird mit dieser Auflage das Kapitel über die Organisation der Sicherheitsbehörden in Deutschland.

Das Kapitel über die Ordnungsverwaltung wurde ergänzt und umfasst nun die Kapitel Ausländerrecht, Baurecht, Gesundheitsrecht, Gewerbe-, Hilfeleistungsrecht, Luftsicherheitsrecht, Melde-, Pass- und Ausweiswesen, Straßenverkehrsrecht, Umweltrecht, Vereinsrecht und Waffenrecht. Das Werk wendet sich u.a. an Gemeinden und Kreise.

Az.: II/1

## Der Architektenwettbewerb - Grundlagen - Verfahren - Rechtsschutz

Der Architektenwettbewerb, von Rechtsanwalt Malte Müller-Wrede, 2012, 138 Seiten, inkl. CD, 39,80 Euro; ISBN 978-3-8462-0105-3; Bundesanzeiger Verlag; E-Mail: [vertrieb@bundesanzeiger.de](mailto:vertrieb@bundesanzeiger.de)

Das Buch stellt das besondere Verfahren im Architektenwettbewerb systematisch am Verfahrensablauf orientiert dar und bietet gleichzeitig eine nützliche Hilfestellung für den Umgang mit den relevanten Rechtsvorschriften in der Praxis. Im Rahmen einer vertieften Darstellung der Voraussetzungen, des Verfahrens und der bestehenden Rechtsschutzmöglichkeiten wird zudem das Zusammenspiel der vielschichtigen Rechtsquellen - zivilrechtliche und vergaberechtliche Vorschriften sowie Wettbewerbsordnungen - verdeutlicht. Das Buch richtet sich dabei an mit der Rechtsmaterie befasste Juristen sowie an Architekten und Ingenieure.

Ergänzend enthält die mitgelieferte CD-ROM die wichtigsten rechtlichen Grundlagen (VOF 2009, RPW 2008, RAW 2004 und GRW 1995). Aus dem Inhalt: Einführung in die Materie - Entwicklung und Rechtsnatur des Architektenwettbewerbs Ausführlich vorgestellt. Die Wettbewerbsordnungen - Einbindung in das Vergaberecht.

Az.: II/1